



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 20.10.2020**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:07 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Dr. Ines Brock
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle, Vertreter für Herrn Dr. Sven Thomas
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 18:38

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister und Beigeordneter Finanzen und Personal
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
Sabine Ernst	Büroleiterin im Büro des Oberbürgermeisters
Corinna Wolff	Leiterin Fachbereich Finanzen
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
Reik Möller	Referent Büro OB
Thomas Stimpel	Referent GB I
Manuela Hoßbach	Controllerin Büro OB
Waldemar Roesler	Leiter Team Verkehrsentwicklung und Nahverkehr
Vanessa Gaebel	stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Vinzenz Schwarz	Vertretungsberechtigter Vorstand der Hallesche Verkehrs-AG
-----------------	--

Entschuldigt fehlten:

René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim sprach folgende Änderungen zur Tagesordnung an:

Zurückgezogen wurden die TOP:

- 5.8. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01572
- 5.12. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01574

Von der Tagesordnung zu nehmen ist der TOP:

- 5.5. Förderung des Singschule Halle (Saale) e.V. für den Zeitraum 2021 bis 2025
Vorlage: VII/2020/01571

Da dieser im Kulturausschuss vertagt wurde.

Als Dringlichkeiten liegen die TOP:

- 2.1.1 Grundsatzbeschluss – Innensanierung von Teilbereichen im Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"
Vorlage: VII/2020/01855
- 2.1.2 Grundsatzbeschluss – Sanierung der Hauptsporthalle am Bildungszentrum, Am Stadion 8, in 06122 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"
Vorlage: VII/2020/01859

vor, über dessen Aufnahme in die Tagesordnung abgestimmt werden muss. Des Weiteren tauschte er die TOP 5.1 und 5.2 miteinander, so dass mit dem TOP 5.2 begonnen wurde.

Herr Dr. Meerheim rief zur Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zum Grundsatzbeschluss – Innensanierung von Teilbereichen im Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen" auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Dr. Meerheim rief zur Abstimmung des Dringlichkeitsantrages zur Sanierung der Hauptsporthalle am Bildungszentrum, Am Stadion 8, in 06122 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen" auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Damit wurde die 2/3 Mehrheit erreicht und die Anträge können auf die Tagesordnung unter TOP 5.13 und 5.15 aufgenommen werden.

Herr Dr. Meerheim rief zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.09.2020 **vertagt**
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 07.07.2020 und 22.09.2020
Vorlage: VII/2020/01789
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019
Vorlage: VII/2020/01730
- 5.2. Nachtragshaushaltssatzung 2020
Vorlage: VII/2020/01741
- 5.3. Baubeschluss Umgestaltung und Neuverlegung des Brödelgrabens, Stadtteil Dölau und Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Bauen
Vorlage: VII/2020/01524
- 5.4. Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Straßenbahnersatzneukauf der HAVAG
Vorlage: VII/2020/01539
- 5.5. Förderung des Singschule Halle (Saale) e.V. für den Zeitraum 2021 bis 2025
Vorlage: VII/2020/01571 **vertagt**
- 5.6. Zustimmung zur Annahme des Werbe- und Sponsoringvertrages mit der Saalesparkasse

- Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01711
- 5.7. Wirtschaftsplan 2021 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2020/01725
- 5.8. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01572 **zurückgezogen**
- 5.9. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01769
- 5.10. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Planen
Vorlage: VII/2020/01661
- 5.11. Jahresabschluss 2019 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: VII/2020/01719
- 5.12. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01574 **zurückgezogen**
- 5.13. Grundsatzbeschluss – Innensanierung von Teilbereichen im Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"
Vorlage: VII/2020/01855
- 5.14. Grundsatzbeschluss – Sanierung der Hauptsporthalle am Bildungszentrum, Am Stadion 8, in 06122 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"
Vorlage: VII/2020/01859
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Stadträte Johannes Menke (FREIE WÄHLER) und Gernot Nette (FREIE WÄHLER) zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Bewässerung von Bäumen
Vorlage: VII/2020/01457
- 6.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Amtsblatt der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01035
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9.1. Herr Dr. Meerheim zu leerstehende städtische Gebäude
10. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.09.2020

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 07.07.2020 und 22.09.2020
Vorlage: VII/2020/01789**

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen und **Herr Dr. Meerheim** verwies auf die an der Tür ausgehangenen Beschlüsse.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.2 Nachtragshaushaltssatzung 2020
Vorlage: VII/2020/01741**

Herr Geier führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Herr Krause fragte, wie hoch die Kosten im ÖPNV sind.

Herr Geier antwortete, dass die Kosten sich um die 5 Millionen Euro belaufen und diese werden direkt an die HAVAG weitergeleitet.

Herr Wolter fragte, wie hoch der Liquiditätskredit zurzeit belastet ist und ob eine Erhöhung des Kredites überhaupt benötigt wird.

Herr Geier antwortete, dass der Anspruch der Liquiditätskredite täglich unterschiedlich ist und dass er zurzeit bei 337 Millionen liegt. Bezüglich der Umschuldung sagte er, dass die ersten 50 Millionen in ein Schuldscheindarlehen umgeschuldet wurden und die restlichen 160 Millionen derzeit vermarktet werden.

Herr Wolter fragte, ob die vorgenommenen Prognosen zum 15.10.2020 eingetreten sind.

Herr Geier antwortete, dass nur eine genaue Einschätzung von Januar bis September vorgenommen werden kann und dazu entsprechende Zahlen vorliegen. Zum 4. Quartal 2020 wurde eine Prognose vorgenommen und diese Zahlen wurden in der Berechnung berücksichtigt.

Herr Wolter fragte, mit welchen Prognosen gerechnet werde und was die Hintergründe sind.

Herr Geier antwortete, dass die Prognose auf der Basis vorgenommen wurde, dass es wieder Einschränkungen, aber keinen erneuten Lockdown geben wird.

Herr Wolter fragte nach konkreten Anzeigen aus Gesellschaften von Mehrbedarf.

Herr Geier antwortete, dass dies zum Schutz der Unternehmen im nicht öffentlichen Teil behandelt wird.

Herr Wolter fragte, wie viel Stundungen von den 31,1 Millionen Euro sind, da diese Summe Ausfälle und Stundungen beinhaltet.

Herr Geier antwortete, dass von dieser Summe 2,4 Millionen Euro Stundungen sind.

Herr Feigl fragte ebenfalls nach den Ausfällen von Gesellschaften und bat um Erläuterung.

Herr Geier antwortete, dass dies nur im nicht öffentlichen Teil beantwortet werden kann.

Herr Feigl bat um eine detaillierte Aufschlüsselung der Mehraufwendungen unter „Sonstiges“.

Herr Geier sicherte eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Herr Feigl fragte, nach den Minderaufwendungen im Nachtragshaushalt.

Herr Geier antwortete, dass dies so bewertet wurde wie es vorliegt.

Herr Feigl fragte, unter welchem Produkt die Erstattung von Kinderbeiträgen, die vom Land übernommen werden sollen, zugeordnet werden.

Herr Geier antwortete, dass hierzu rund 2,8 Millionen bei den Mehraufwendungen stehen und sicherte eine schriftliche Beantwortung zu der Zuordnung der Summe zu.

Herr Feigl fragte, ob die Landeszahlungen zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle in der Vorlage zu finden sind.

Herr Geier antwortete, dass die Erstattung der Gewerbesteuerausfälle nicht in der Vorlage enthalten ist, da dies bis Mitte September noch nicht klar war. Es werden aber ungefähr 6,6 Millionen Euro für Halle sein.

Herr Feigl fragte, ob dies dann in der Rechnung noch nachgebessert wird.

Herr Geier stellte eine Nachbesserung in Aussicht, insofern eine schriftliche Bestätigung der Höhe der Kompensationsleistungen von Bund und Land vorliegen sollte.

Herr Feigl sagte, dass ein Abbau der Kreditlage im Haushaltsjahr 2021 in der Vorlage nicht ersichtlich ist und bat um Erläuterung.

Herr Dr. Meerheim antwortete, dass dies unter TOP 5.1 erläutert wird.

Herr Schaaf merkte an, dass durch Aufnahme von Schuldscheindarlehen nicht die Summe der Liquiditätskredite sinkt. Alles, was kein Investitionskredit ist, zählt weiterhin als Liquiditätskredit.

Herr Scholtyssek bat darum, die Ausweitung des Liquiditätskredites um 68 Millionen Euro zu untersetzen. Er fragte, ob die 68 Millionen benötigt werden oder ob auch eine geringere Summe möglich ist.

Herr Geier antwortete, dass eine kleinere Summe nicht möglich ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.2 Nachtragshaushaltssatzung 2020
Vorlage: VII/2020/01741

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt

1. die Überschreitung des unter dem § 4 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020, die am 29.01.2020 vom Stadtrat beschlossen und im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) Nr. 4 vom 29.02.2020 öffentlich bekannt gegeben wurde, festgelegten Höchstbetrags an Liquiditätskrediten in Höhe von 350.000.000 Euro um 68.000.000 Euro auf 418.000.000 Euro.
2. eine Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020.

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den
Beteiligungsbericht 2019
Vorlage: VII/2020/01730

Herr Geier führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Frau Ernst führte anhand einer Präsentation in die Haushaltsplanung 2021 des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters ein.

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass der Finanzausschuss der einzige Ausschuss ist, bei dem auch der Stellenplan behandelt wird.

GB OB - Steuerung der Kommune

Herr Feigl wies auf den Unterschied im Planansatz im Jahr 2021 mit 1,263, zu 2020 im Planansatz mit 1,327 hin und bat um Erläuterung.

Herr Möller antwortete, dass der Grund dafür die gebäudewirtschaftlichen Veränderungen durch Einsparungen im Betriebskostenbereich sind.

Herr Feigl fragte, ob davon ausgegangen wird das im Stadthaus Betriebskosten eingespart werden.

Herr Möller sagte, dass dies den Berechnungen des Fachbereiches Immobilien entspricht, auf der Grundlage der Verbräuche der vergangenen Jahre.

Herr Dr. Meerheim fragte, wie die erhebliche Einsparung der Betriebskosten des Stadthauses zustande kommt.

Herr Heinz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Pressearbeit

Herr Feigl fragte, warum hier die sonstigen Aufwendungen um 90.000 Euro sinken und ob dies nur das Amtsblatt betrifft.

Frau Ernst sagte, dass dies aus der Veränderung bei der Verteilung des Amtsblattes resultiert.

DLZ Klimaschutz

Herr Feigl fragte, ob die Bauwerks- und Hofbegrünung mit in der Planung für 2021 enthalten ist.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung mit dem Haushalt 2021 einen Vorschlag vorgelegt hat. Wenn dieser Ansatz erhöht werden soll, ist eine entsprechende Deckung im Haushalt erforderlich.

DLZ Demokratie und Integration

Herr Scholtyssek fragte zum Stellenplan, warum der Radverkehrsbeauftragte diesem Dienstleistungszentrum zugeordnet ist und fragte nach den Schnittpunkten.

Frau Ernst sagte, dass die Beauftragten aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Grundsatzreferenten dem Dienstleistungszentrum Demokratie und Integration zugeordnet wurden.

Herr Feigl sagte zur Förderrichtlinie Lastenräder, dass dafür für das Haushaltsjahr 2020 10.000 Euro eingeplant waren und fragte, warum diese im Haushaltsjahr für 2021 nicht enthalten sind.

Frau Ernst sagte, dass mit den beschlossenen Änderungen zum Haushalt 2020 Mehreinnahmen seitens der Fraktionen prognostiziert wurden, die bislang nicht realisiert werden konnten.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass der Nachtragshaushalt soeben beschlossen wurden und 79 Millionen Euro der Einnahmen nicht gekommen sind. Eine Erläuterung dazu hätte zum vorherigen Tagesordnungspunkt erfolgen müssen. Er merkte an, dass dieses Verfahren so nicht akzeptabel ist.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung über diesen Sachstand mehrfach in den Gremien des Stadtrates informiert hat.

Herr Wolter sagte, dass die Beschlüsse transparent gegenüber dem Stadtrat dargelegt werden müssen und bat darum, Änderungen, Anpassungen und Vorschläge darzustellen.

Frau Ernst sagte, dass die Rückmeldungen erfolgt sind. Über eine Optimierung könne gern beraten werden.

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass Beschlüsse des Stadtrates nicht umgesetzt wurden.

Frau Ernst wies diese Aussage zurück. Ausgaben können erst erfolgen, wenn die entsprechende Finanzierung gesichert ist.

Herr Wolter fragte zum Stellenplan Demokratie und Integration, ob die Anpassung der Herabstufung der Stelle Koordinator für Demokratie gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit von einer E 12 auf eine E11 von der Verwaltung vorgenommen wird.

Herr Möller antwortete, dass die Anpassung zur EG 11 in Form eines Änderungsblattes erfolgt.

Fachbereich Rechnungsprüfung

Herr Feigl fragte, warum hier erhöhte Personalkosten vorliegen.

Herr Möller sagte, dass es sich um Tarifsteigerungen handelt, die für das Jahr 2021 prognostiziert sind. Zudem sind in den Personalkosten Stellenwerterhöhungen aufgrund der Stufenlaufzeit enthalten.

Herr Dr. Meerheim bat um eine Auflistung.

Frau Ernst sagte eine Auflistung zu.

Herr Feigl fragte, was in den Erläuterungen unter der Übernahme von neuen Mandanten zu verstehen ist.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Fachbereich Recht

Herr Feigl fragte, warum hier erhöhte Personalkosten von 130.000 Euro vorliegen.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Fachbereich Sicherheit

Herr Wolter fragte, ob die Einnahmen von 230.000 Euro durch Verwarn- und Bußgelder realistisch sind.

Frau Ernst sagte, dass der Mehrertrag aus der Anschaffung neuer Blitzer-Technik resultiert.

Herr Wolter fragte zum Produkt Verkehrsangelegenheiten, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelt, nach den Minderungen der Sondernutzungsgebühr.

Frau Ernst sagte, dass dies mit der Verkehrsorganisation zusammenhängt und sich aus dem erhöhten Aufkommen von Baustellen ergibt.

Herr Dr. Meerheim fragte zum Vollzugsdienst , warum im Stellenplan die 18 neuen Stellen bis September gesperrt sind.

Frau Ernst sagte, dass die Ausschreibung der Stellen erst nach Genehmigung und Auslegung des Haushaltes erfolgen kann. Mit einer Arbeitsaufnahme ist daher im September 2021 zu rechnen.

Herr Scholtyssek fragte zu den Investitionsplanungen, warum für das Atemschutzübungszentrum im Haushaltsplan keine Summe hinterlegt ist.

Herr Möller sagte, dass mit dem Land Kontakt aufgenommen werden soll, um mögliche Förderungen einzuwerben, sodass der Komplex saniert und aufgewertet werden kann.

Herr Helmich merkte zum Investitionshaushalt (Seite 236) zum Neubau der 3. Feuerwehrwache an, dass im Baubeschluss jetzt 13 Millionen Euro vorgesehen sind. Er fragte wie es zu diesem Zuwachs kommt da im Juni 2019 10,14 Millionen enthalten waren.

Herr Möller sagte, dass hier die Entwicklung der Baukosten berücksichtigt wurde.

Herr Dr. Meerheim bat um eine detaillierte Untersetzung der Baukostenerhöhung zum Neubau der dritten Feuerwehrwache.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Feigl fragte, zur Sanierung der Migrationsleitstelle (Seite 238), wann es dazu einen Baubeschluss geben wird.

Frau Ernst sagte, dass es sich um Planungsleistungen für die Leitstelle im Jahr 2021 handelt. Im Zuge dessen werden weitere Beschlüsse des Stadtrates erforderlich.

Herr Geier führte anhand einer Präsentation in die Haushaltsplanung 2021 des Geschäftsbereichs I ein.

Herr Scholtyssek fragte, wie mit den 335.000 Euro der Personalkosten mehr als 18 Stellen finanziert werden sollen.

Herr Geier antwortete, dass die 335.000 Euro anteilig für das Jahr 2021 eingeplant sind, da eine Besetzung nicht zu Jahresbeginn erfolgen könne. Das Besetzungsverfahren können auch hier erst mit der Umsetzung des genehmigten und veröffentlichten Haushaltes starten.

Herr Dr. Meerheim fragte zur Umsatzsteuerproblematik, warum eine Überprüfung der Bundesbehörden bei den Kommunen erfolgt.

Herr Geier antwortete, dass überprüft wird, ob es hoheitliche Aufgaben und Themenfelder gibt, die nach der Änderung des Umsatzsteuergesetzes einer Umsatzsteuer unterliegen.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass es dazu dann hoffentlich Kriterien von den Bundesbehörden geben wird, nach denen überprüft wird. Er fragte nach dem Vorgehen der Verwaltung.

Herr Geier antwortete, dass die Verwaltung in den Bereichen prüfen lässt, ob es einen Sachverhalt gibt der unter diese Änderung des Umsatzsteuergesetzes fällt.

Herr Dr. Meerheim um Zusendung der neuen Regelungen.

Herr Geier sicherte eine Zusendung der neuen Regelungen und einen zusammengefassten Sachstand zu.

DLZ Bürgerbeteiligung

Herr Feigl nahm Bezug zu den Personalkosten und fragte, weshalb diese um 50.000 Euro gesunken sind, aber die Stellenanzahl nicht dementsprechend angepasst wurde.

Herr Geier antwortete, dass hierzu diverse Faktoren mit reinspielen und sicherte eine exemplarische Darstellung zu.

Herr Feigl kann dem nicht folgen, dass ein geringerer Ansatz angegeben wird bei gleichbleibender Anzahl der Stellen.

Herr Dr. Meerheim antwortete, dass es zwei Höhergruppierungen gibt und eine Tarifierhöhung erwartet wird.

Herr Feigl sagte, dass es bei einer Erhöhung logisch erscheint, aber nicht, wenn im Ansatz eine Verminderung von 50.000 Euro angegeben ist.

Herr Geier sicherte eine Zuarbeit der Minderungen beim Büro des Beigeordneten zu.

Herr Wolter fragte, ob es bei der Personalplanung eine Diskussion darüber gab, ob die Stelle Bürgerbeteiligung komplett das Dienstleistungszentrum Demokratie und Integration zugeordnet wird.

Herr Geier antwortete, dass es dazu eine Diskussion und Abstimmung gab.

Herr Wolter fragte zum Produkt elektronischen Kommunikation und E-Government (Seite 283), ob dieser Betrag ein Jahresbetrag für eine Monatsverabredung ist.

Herr Geier bejahte dies.

Herr Wolter fragte, wann eine Information zum neuen Rahmenvertrag mit der ITC erfolgt und wann darüber diskutiert wird.

Herr Geier antwortete, dass die Diskussion dazu geführt werden kann, wenn die ITC Geschäftsführung den entsprechenden Vertragsentwurf vorlegt.

Herr Wolter bat um eine Auflistung der Vertragsbestandteile gegenüber der ITC und fragte nach einer Zusammenfassung der Hardware- und Softwarevorhaben.

Herr Geier sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schramm fragte, inwieweit der Stadtrat mit bei der gesamten Strukturierung der Thematik ITC und E-Gouvernement involviert ist.

Herr Geier antwortete, dass die Organisation Aufgabe der Verwaltung ist und die Inhalte in den Haushaltsberatungen mit den Stadträten immer besprochen werden.

Herr Feigl sagte, dass bei dem Produkt Datenverarbeitung ein Zuwachs von 2,9 Millionen zu sehen ist. Er fragte, nach den Schwerpunkten und ob dies alles Umfang dieses Vertrages ist.

Herr Geier sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr Meerheim fragte zum Fachbereich Finanzen, warum es eine Stellenreduzierung gibt.

Herr Geier antwortete, dass eine Optimierung vorgenommen wurde und die frei werdenden Stellen in andere Bereiche gegeben wurden.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die Arbeit weniger geworden ist.

Herr Geier antwortet, dass zum Beispiel durch die Einführung des Rechnungsworkflows die Effizienz gesteigert wurde und es deshalb möglich sei, Optimierungen im Personalbereich vorzunehmen.

Herr Feigl fragte zur Investition (Seite 296), warum es eine enorme Erhöhung bei dem Produkt Erwerb von beweglichen und immateriellen Vermögensgegenständen gibt.

Frau Wolff antwortete, dass die Kämmerei im nächsten Jahr umzieht und dafür Mittel zur Anpassung der Büroausstattung notwendig sind.

Fachbereich Einwohnerwesen

Herr Dr. Meerheim merkte an, dass durch die Wahlen Einbußen entstehen.

Herr Geier sagte, dass für die Bundes-, Landtags-, Europawahlen etc. immer ein Anteil der Kosten übernommen werden muss.

Herr Feigl sagte, zum Produkt Einwohnerangelegenheiten, dass einerseits mit leicht geringeren Personalaufwendungen und andererseits mit höheren Erlösen bei Verwaltungsgebühren und Gebühren für Personaldokumente geplant wird. Er sagte, dass es höhere Fallzahlen und leicht geringere Personalaufwendungen gibt. Er fragte, wie dies zu erklären ist und ob, die Personaldeckung ausreichend für die Bearbeitung der höheren Fallzahlen ist.

Herr Geier sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scholtyssek fragte, wie der weitere Verlauf der Sitzung aussieht, da es ein Limit von drei Stunden, bezüglich der Corona Pandemie, gibt.

Herr Dr. Meerheim vertagte die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung.

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 sowie den Beteiligungsbericht 2019
Vorlage: VII/2020/01730

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2021 mit dem Haushaltsplan 2021.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2019 zur Kenntnis.

**zu 5.3 Baubeschluss Umgestaltung und Neuverlegung des Brödelgrabens,
Stadtteil Dörlau und
Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im
Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Bauen
Vorlage: VII/2020/01524**

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.3 Baubeschluss Umgestaltung und Neuverlegung des Brödelgrabens, Stadtteil Dölau und Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Bauen
Vorlage: VII/2020/01524**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Umgestaltung und Neuverlegung des Brödelgrabens.
2. Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2020 im Finanzhaushalt für die Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.55201011 Brödelgraben

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 784.300 EUR.

Die Deckung erfolgt aus folgender Verpflichtungsermächtigung:

PSP-Element 8.54101129 Paul-Suhr-Straße (HHPL Seiten 138, 617, 1251, 1269)
Finanzpositionsgruppe 785* Verpflichtungsermächtigung für Baumaßnahmen in Höhe von **784.300 EUR**.

**zu 5.4 Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Straßenbahnersatzneukauf der HAVAG
Vorlage: VII/2020/01539**

Herr Krause fragte, ob es eine Darstellung zu den finanziellen Unterschieden für die Belüftungssysteme und Klimaanlage in den Bahnen geben kann.

Herr Roesler antwortete, dass gemeinsam mit der HAVAG noch beraten wird, welches System am effizientesten ist.

Herr Schwarz von der Hallesche Verkehrs-AG antwortete, dass es ein neues Klimasystem in den Straßenbahnfahrzeugen geben wird. Eine ausführliche Darstellung wird es geben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.4 Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Straßenbahnersatzneukauf der HAVAG
Vorlage: VII/2020/01539**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, dass sich die Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2021-2030 mit 26,28 Mio. Euro an der Finanzierung des Straßenbahnersatzneukaufes beteiligt. Diese Mittel dienen ausschließlich dem Erwerb der Straßenbahnen und werden zu 100 Prozent aus den der Stadt zugewiesenen Mitteln des § 8 ÖPNVG LSA finanziert.

Die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses bedingt durch den neuen Straßenbahnfuhrpark beläuft sich für die Jahre 2021-2030 auf insgesamt 29,396 Mio. Euro. Diese Mittel sind durch die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) und im Bedarfsfall durch die Stadt Halle (Saale) bereitzustellen.

Diese Erhöhung des Betriebskostenzuschusses ist in den langfristigen Wirtschaftsplanungen der SWH und der HAVAG berücksichtigt.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Einhaltung der finanziellen Verpflichtungen des Landes Sachsen-Anhalt und des Stadtwerkekonzerns der Stadt Halle (Saale).

Des Weiteren geht der Stadtrat davon aus, dass das Land die Regionalisierungsmittel in der bisherigen Höhe entsprechend § 8 Abs.3 ÖPNVG LSA an die Kommune ausreicht.

Mit dem Beschluss zum Haushalt 2021 bestätigt der Stadtrat die Mittelbindung bis zum Jahr 2024 und verpflichtet sich, in den Haushaltsplanungen 2022 ff. die in der Vorlage aufgeführten Haushaltsansätze einzustellen.

Der Stadtrat erwartet, dass mit dieser Beschlussfassung das Land Sachsen-Anhalt noch in 2020 einen Zuwendungsbescheid an die HAVAG erteilen kann und wird.

zu 5.5 Förderung des Singschule Halle (Saale) e.V. für den Zeitraum 2021 bis 2025 Vorlage: VII/2020/01571

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt für die Haushaltsjahre 2021 bis 2025 die Gewährung einer Zuwendung an den Singschule Halle (Saale) e.V. in Höhe von maximal 40.000 € pro Jahr für den laufenden Betrieb der Singschule.

Die Zuwendung wird vorbehaltlich der Bestätigung des Haushaltsplans ausgereicht.

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, bis zum 31.12.2020 mit dem Singschule Halle (Saale) e.V. einen Zuwendungsvertrag für die Jahre 2021 bis 2025 abzuschließen.

zu 5.6 Zustimmung zur Annahme des Werbe- und Sponsoringvertrages mit der Saalesparkasse Halle (Saale) Vorlage: VII/2020/01711

Herr **Sehrndt** fragte, ob nur ein Angebot der Saalesparkasse vorliegt.

Frau **Dr. Marquardt** antwortete, dass wenig Interesse von anderen Unternehmen besteht und in einer Pandemiezeit es sehr schwierig ist überhaupt Sponsoren zu finden. Sie bat um Zustimmung der Sponsoringleistung.

Herr Wels sagte, dass die Saalesparkasse bedeutend für ein Sportsponsoring ist und daher die Namensvergabe in Richtung Saalesparkasse gehen soll.

Herr Feigl fragte, ob auch andere Optionen in Betracht gezogen wurden und bat beim nächsten Verfahren darum, ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen, damit andere Unternehmen sich auch auf diesen Sponsoringvertrag bewerben können.

Herr Dr Meerheim bat davon abzusehen. Es gibt wenige regionale Unternehmen, die sich dafür bereitstellen. Ein höherer Ansatz der Summe, als in den letzten Jahren, ist bereits vorhanden. Er bat um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.6 Zustimmung zur Annahme des Werbe- und Sponsoringvertrages mit der Saalesparkasse Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01711**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme eines Werbe- und Sponsoringvertrages der Saalesparkasse für die Laufzeit von 3 Jahren und einer jährlichen Zahlung von 25.000 Euro netto bei einer städtischen Gegenleistung zur Übertragung der Namensrechte an der Eissporthalle bis zum 30.09.2023.
(PSP-Element 1.42410.02 – Eissport, modulare Sporthalle)

**zu 5.7 Wirtschaftsplan 2021 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2020/01725**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.7 Wirtschaftsplan 2021 der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2020/01725**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan 2021 wird genehmigt.

Die Mittelfristplanung bis zum Jahr 2027 wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.8 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01572**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2020 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.11171034.710 Ausstattung Scheibe A, Kommunikation, Daten und Sicherheit

Finanzpositionsgruppe 783 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen oder immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von **1.240.000 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.21911012.700 Campus Kastanienallee (HHPL Seite 1060, 1248, 1267)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **1.240.000 EUR**

**zu 5.9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01769**

Herr Sehrndt fragte, woher die Auszahlungen für die Baumaßnahmen in Höhe von 600.000 Euro kommen und bat um Aufschlüsselung.

Herr Heinz antwortete, dass die Verpflichtungsermächtigung von 600.000 Euro jetzt benötigt wird, um weitere Aufträge auszulösen. Die Kosten werden nochmal aufgeschlüsselt. Er bat um Zustimmung.

Herr Dr. Meerheim bat ebenfalls um eine detaillierte Aufschlüsselung, wie sich die 600.000 Euro zusammensetzten.

Herr Heinz sicherte eine Beantwortung bis zum Stadtrat zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01769**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Der Stadtrat möge beschließen:

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2020 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

**PSP-Element 8.21101012.700 Grundschule Hanoier Straße (STARK III)
(HHPL Seite 130, 145, 1241)**

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **600.000 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

**PSP-Element 8.21911012.700 Campus Kastanienallee
(HHPL Seite 1060, 1248, 1267)**

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **600.000 EUR**

**zu 5.10 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Planen
Vorlage: VII/2020/01661**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.10 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Planen
Vorlage: VII/2020/01661**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2020 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt im Fachbereich Planen:

1.54702 ÖPNV (HHPL S. 356)

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **99.000 EUR**.

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2020 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle im Fachbereich Planen:

Finanzstelle 20_2-610_1 Planen (HHPL Seite 360)

Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen in Höhe von **99.000 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.54702 ÖPNV (HHPL S. 356)

Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **99.000 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

Finanzstelle 20_2-610_1 Planen (HHPL Seite 360)

Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **99.000 EUR**.

**zu 5.11 Jahresabschluss 2019 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: VII/2020/01719**

Herr Schaaf befand sich im Mitwirkungsverbot nach § 33 KVG LSA und hat an der Abstimmung zum TOP 5.11 nicht teilgenommen.

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.11 Jahresabschluss 2019 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: VII/2020/01719**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2019 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüften und am 29. Mai 2020 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt 54.948,44 EUR.

Die Bilanzsumme beträgt 1.974.548,40 EUR.

2. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Den Geschäftsführern der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin, Herrn Steven Bolschwig und Herrn Reinhard Brüning, wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

zu 5.12 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im

Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2020/01574

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2020 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.11171035.710 Ausstattung Scheibe A, Neumöblierung

Finanzpositionsgruppe 783* Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen oder immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von **1.025.800 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.21911012.700 Campus Kastanienallee (HHPL Seite 1060, 1248, 1267)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **1.025.800 EUR**

**zu 5.13 Grundsatzbeschluss – Innensanierung von Teilbereichen im Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"
Vorlage: VII/2020/01855**

Herr Sehrndt fragte, ob Einsicht in den Vertrag genommen werden kann, wie lange dieser Vertrag läuft, ob dieser kostendeckend ist und wie die weiteren Kosten eingeschätzt werden.

Herr Dr. Meerheim antwortete, dass eine Akteneinsicht beantragt werden kann. Dafür muss ein Antrag gestellt werden.

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.13 Grundsatzbeschluss – Innensanierung von Teilbereichen im Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"
Vorlage: VII/2020/01855**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die in der Begründung näher beschriebene Maßnahme über Fördermittel in Höhe von 2.313.000,00 € im Bundesprogramm „Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen“ zu beantragen.

**zu 5.14 Grundsatzbeschluss – Sanierung der Hauptsporthalle am Bildungszentrum, Am Stadion 8, in 06122 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"
Vorlage: VII/2020/01859**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

- zu 5.14 **Grundsatzbeschluss – Sanierung der Hauptsporthalle am Bildungszentrum, Am Stadion 8, in 06122 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"**
Vorlage: VII/2020/01859

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die in der Begründung näher beschriebene Maßnahme über Fördermittel in Höhe von **11.578.500,00 €** im Bundesprogramm „Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen“ zu beantragen.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

- zu 6.1 **Antrag der Stadträte Johannes Menke (FREIE WÄHLER) und Gernot Nette (FREIE WÄHLER) zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Bewässerung von Bäumen**
Vorlage: VII/2020/01457

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

- zu 6.1 **Antrag der Stadträte Johannes Menke (FREIE WÄHLER) und Gernot Nette (FREIE WÄHLER) zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Bewässerung von Bäumen**
Vorlage: VII/2020/01457

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung prüft im Zusammenarbeit mit den städtischen Wohnungsunternehmen, ob die Nutzung von Gartenwasserzählern bereits erfolgt oder diese für die Grünflächenpflege eingebaut werden können.

Weiterhin prüft die Stadtverwaltung, welche Hausgemeinschaft sich für die Umsetzung eines Pilotprojektes eignen würde und stellt die Kosten inklusive eines Zeithorizontes, der für valide Ergebnisse erforderlich ist, zur Umsetzung der Pilotierung dar.

- zu 6.2 **Antrag der CDU-Fraktion zum Amtsblatt der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2020/01035

Herr Scholtyssek bat um eine Auflistung der Standorte, an denen das Amtsblatt ausgelegt wird.

Herr Geier sicherte eine Auflistung zu.

Herr Wolter sagte, dass darüber im Vergabeausschuss auch diskutiert wurde und bat um baldige Entscheidung.

Herr Dr. Meerheim vertagte den Antrag.

**zu 6.2 Antrag der CDU-Fraktion zum Amtsblatt der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01035**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Das Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) wird weiterhin mit einer Auflage in Höhe von 135.200 Exemplaren hergestellt und kostenfrei an die Haushalte im Stadtgebiet ausgegeben.
2. Das Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) wird inhaltlich auf die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen im Sinne ortsüblicher Bekanntmachungen reduziert und somit der Aufwand zur Erstellung reduziert.
3. Die Möglichkeit für die Fraktionen des Stadtrates je Monat einen Beitrag im Amtsblatt veröffentlichen zu können, bleibt bestehen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Es lagen keine Mitteilungen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Dr. Meerheim zu leerstehende städtische Gebäude

Herr Dr. Meerheim bat um die Auflistung, der längerfristig leerstehenden städtischen Gebäude.

Herr Geier sicherte eine Auflistung zu.

zu 9.2 Herr Scholtyssek zum Controllingbericht

Herr Scholtyssek bat um eine Nacharbeit des Controlling Berichtes der 48er Einsparliste.

Herr Geier sicherte eine Zuarbeit zu.

zu 9.2 Herr Wolter zu eingehenden Anträgen

Herr Wolter fragte, wie eingehende Anträgen gemanagt werden und ob es Beratungen dazu gibt.

Herr Geier antwortete, dass alle Informationen über die Spitzenverbände bei der Verwaltung eingehen und je nach Thema wird es zu den zuständigen Dezernaten weitergeleitet und aufgenommen.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

Herr Dr. Meerheim beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Vanessa Gaebel
stellvertretende Protokollführerin